



SEITE 2
2 Jahre Schwarz-Gelb: Eine Schadens-Bilanz

SEITE 3
Finanzkrise: Europa darf nicht an Schwarz-Gelb scheitern



SEITE 4
Im Interview: Aydan Özoguz, integrationspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

SEITE 6
40 Jahre BAföG



SEITE 7
Fragen und Antworten zur Euro-Krise

SEITE 8
Arbeitsmarktförderung: Vollbeschäftigung statt Spardiktat

GUTE ARBEIT

Projekt Zukunft – Machen Sie mit!

Wie die SPD-Bundestagsfraktion die Weichen für die Zukunft stellt

Ausgabe 5/2011

Bereits nach zwei Jahren scheint die schwarz-gelbe Bundesregierung am Ende. „Egal, wie lange diese Koalition im Amt bleibt, gescheitert ist sie schon jetzt,“ beschreibt es der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann.

Für die Sozialdemokraten ist das kein Anlass zur Schadenfreude, sondern ein Grund mehr, sich für die Aufgaben der Zukunft zu rüsten. „Das Land braucht wieder eine seriöse Regierung. Wir müssen uns auf neue Regierungsverantwortung vorbereiten,“ sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier.

Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion das „Projekt Zukunft“ ins Leben gerufen. In sieben Projektgruppen erarbeiten die Fraktionsmitglieder im Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppen Antworten auf zentrale Zukunftsfragen. „Wir müssen jetzt mit aller Leidenschaft für die Sache bessere Antworten auf die herausragenden Probleme geben. Besser heißt: stetig im Kurs, nah an der Realität, tauglich für die Praxis und gerade deshalb vertrauenswürdig“, sagt Frank-Walter Steinmeier.

Ab November geht das „Projekt Zukunft“ in die Dialogphase. Den Anfang macht die Projektgruppe Integration unter der Leitung von Aydan Özoguz. In Praxiswochen werden die Abgeordneten sich in ihren Wahlkreisen in verschiedenen Einrichtungen ein Bild der Integrationspolitik vor Ort machen. So sollen konkrete Handlungsempfehlungen für die Regierungsarbeit erarbeitet werden. „Wir hatten in der Vergangenheit in der Integrationspolitik viele gu-



Beim Tag der Ein- und Ausblicke im Reichstagsgebäude hinterließen die Besucher ihre Erwartungen an die SPD-Bundestagsfraktion auf einer Dialogwand vor dem Fraktionssaal.

te Ansätze, das große Zusammenhängende hat aber auch uns gefehlt“, sagt die Projekt-Verantwortliche Aydan Özoguz. „Und eben das wollen wir schon jetzt fundamental erarbeiten und vorbereiten.“

Im Mittelpunkt des „Projekt Zukunft“ wird auch der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern stehen. Speziell an die Jüngeren richtet sich das „Planspiel Zukunftsdialog“. Dafür laden die SPD-Abgeordneten künftig einmal im Jahr 150 Teilnehmer im Alter von 16-20 Jahren nach Berlin ein. Im Bundestag können sie realitätsnah die Arbeit der Fraktion nachspielen, inklusive Fraktionssitzung und AG-Arbeit. Die Ergebnisse werden den Arbeitsgruppen der SPD-Fraktion als Diskussionspapiere zur Verfügung gestellt. Schon am Tag der Ein- und Ausblicke im Reichstags-

gebäude haben die Sozialdemokraten zudem die Bürgerinnen und Bürger explizit zum Mitmachen aufgefordert. An einer Dialogwand vor dem Fraktionssaal der SPD waren die Leitbegriffe des „Projekt Zukunft“ vorformuliert. Jeder Besucher konnte dazu seine eigenen Erwartungen und Wünsche an die Wand kleben. Es ging um Fragen wie „Was ist für Sie gute Arbeit?“ und

„Was muss die Politik dafür tun?“ Die Beiträge und Wünsche der Menschen hat die SPD-Fraktion ausgewertet. Das Ergebnis: die Bürger legen besonderen Wert auf Gerechtigkeit bei Bildung und Arbeit, auf gerechte Löhne, mehr Anerkennung und weniger Unterschiede zwischen Arm und Reich. ■

Mehr auf Seite 4/5

Die Projektgruppen im Projekt Zukunft

- **Integration:** Aydan Özoguz
- **Steuer- und Finanzierungskonzept:** Nicolette Kressl, Carsten Schneider
- **Ganztagsschule:** Dr. Ernst Dieter Rossmann
- **Gleichstellung:** Christel Humme, Caren Marks
- **Generationenpolitik:** Franz Müntefering, Sabine Bätzing-Lichtenthäler
- **Infrastruktur:** Sören Bartol, Uwe Beckmeyer, Matthias Miersch, Garrelt Duin
- **Ordnung für Arbeit/Kreativpakt:** Anette Kramme, Siegmund Ehrmann, Lars Klingbeil



Total Banane!

Neues aus der schwarz-gelben Welt

Gerade mal 1,8 Prozent hat die FDP bei den Wahlen in Berlin erhalten. Ihr Parteivorsitzender Philipp Rösler guckt trotzdem optimistisch in die Zukunft. "Da ist noch Luft nach oben", sagte er nach der Wahl.

Wir meinen: Die FDP wird weiter ihren Weg gehen. Denn bei 1,8 Prozent ist schließlich auch noch Luft nach unten.

Zwei Jahre nach der Regierungsübernahme machen sich schwarz-gelbe Spitzenpolitiker plötzlich Sorgen um das Erscheinungsbild der Koalition. CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe forderte jetzt mehr Geschlossenheit der Koalitionäre. „Die Geschlossenheit und das gemeinsame Nachvornegehen der Koalition könnte besser werden“ sagte Gröhe.

Wir meinen: Der geschlossene Gang in Richtung Neuwahlen wäre ein guter Anfang!

Mehr Netto vom Brutto hat die FDP jahrelang in ihren Wahlkämpfen versprochen, die Wähler warten darauf bis heute. Jetzt rückt sogar ihr Generalsekretär Christian Lindner von diesem Versprechen ab. Für Steuersenkungen sieht er keinen Spielraum und warnt vor "zu hohen Erwartungen".

Wir meinen: Chapeau! Herr Lindner überführt die eigene Partei mal eben der Wahllüge und macht damit aus der FDP endgültig eine Null-Themen-Partei.

Bundesfinanzminister Schäuble macht die Rolle rückwärts. Zuerst deutet er an, die Finanztransaktionssteuer wenn nötig national einzuführen. Einen Tag später ist sie für ihn keine Option mehr.

Wir meinen: Wer die Finanztransaktionssteuer wirklich will, muss auch vorangehen, notfalls national!

2 Jahre Schwarz-Gelb: Eine Schadensbilanz

Schon der Koalitionsvertrag war ein Dokument der Ratlosigkeit, statt „Mehr Brutto vom Netto“ gab es Mehrbelastungen für die Bürger. Schwarz-Gelb ist zum synonym für Fehlentscheidungen, Dauerstreit und Lobbyismus geworden.

● Spaltung des Arbeitsmarktes:

Der Arbeitsmarkt ist gespalten in gute Arbeit und unsichere Beschäftigung, in gefragte Fachkräfte und Langzeitarbeitslose. Union und FDP verschärfen diese Spaltung, indem sie Mindestlöhne verweigern, Missbrauch der Leiharbeit dulden und die Arbeitsförderung massiv kürzen.

● Klientelpolitik und Sozialabbau:

Für Steuersenkungen gibt es im Haushalt keinen Spielraum, das war und ist allen klar. Mit dem so genannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat Schwarz-Gelb trotzdem Klientelgruppen beschenkt. Das 80-Milliarden Euro Sparpaket vom Juni 2010 war dagegen ein Programm für Sozialkürzungen.

● Zick-Zack in der Energiepolitik:

Erst die Verlängerung der Laufzeiten, dann die Rückkehr zum Atomausstieg. Sie folgte jedoch keiner Einsicht, sondern der Panik vor den nächsten Landtagswahlen. Eine klare Strategie für den nachhaltigen Umbau des Energiesystems bleibt die Regierung schuldig.

● Dreiklassenmedizin:

Höhere Beitragssätze, die Kopfpauschale, dazu Geschenke an private Kas-

sen, Pharmaindustrie und Arbeitgeber:

Die Bundesregierung hat das Solidarprinzip im Gesundheitswesen ausgehebelt. Steigende Kosten müssen die Versicherten allein schultern.

● Bildungsprivilegien statt Chancengleichheit:

In vielen Regionen wird ein ganztägiges Betreuungsangebot an Schulen immer mehr zur Ausnahme. Der Ausbau frühkindlicher Bildung gerät ins Stocken. In der Hochschulpolitik setzt Schwarz-Gelb auf Eliteförderung: Ein Master-Studium soll nur wenigen Ausgewählten offen stehen. Das Stipendienprogramm fördert vor allem diejenigen, die eine Förderung gar nicht nötig haben. Dagegen packt die Regierung die notwendige Weiterentwicklung des BAföG nicht an.

● **Europa:** Deutschland müsste in der europäischen Schuldenkrise mutig vorgehen. Doch Angela Merkel hat aus Furcht vor unpopulären Schritten Entscheidungen verschleppt statt vorangetrieben. Damit hat sie das Ansehen Deutschlands ebenso aufs Spiel gesetzt wie den Zusammenhalt Europas.

● Unberechenbarkeit nach außen:

„Die Koalition missbraucht das Wahlrecht“

Bereits 2008 hat das Bundesverfassungsgericht das aktuelle Wahlrecht für verfassungswidrig erklärt und eine Reform bis Juni 2011 gefordert. Hauptkritikpunkt war dabei das so genannte „negative Stimmgewicht“. Dadurch ist es möglich, dass eine Partei zwar mehr Zweitstimmen gewinnt, aber Mandate verliert – oder umgekehrt Mandate gewinnt, obwohl sie weniger Zweitstimmen erhält. Mit einigen Monaten Verspätung haben Union und FDP jetzt im Alleingang ein neues Wahlgesetz durchgepeitscht. Dieses sei jedoch nicht nur handwerklich schlecht gemacht, sondern beseitige weder das negative Stimmgewicht noch neutralisiere es die Überhangmandate, sagt der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann. Denn gerade die Überhangmandate führen zunehmend zu einer weiteren Verzer-

rung des Wahlergebnisses: Wenn in einem Bundesland eine Partei Überhangmandate erhält, kann sie in einem anderen Land einen Sitz verlieren, obwohl ihr Zweitstimmenanteil insgesamt gestiegen ist. Laut einer von der SPD-Fraktion in Auftrag gegebenen Hochrechnung des Erlanger Politikwissenschaftlers Stephan Klecha führt das von Schwarz-Gelb beschlossene Wahlrecht sogar zu mehr Überhangmandaten als je zuvor. Die Berechnungen stützen sich auf die Forsa-Umfrage vom Oktober. Demnach gäbe es bei 635 Mandaten 31 Überhangmandate. Davon bekäme die CDU/CSU 17 und die SPD 14. Thomas Oppermann ist sicher: „Es war falsch, dass die Koalition nicht bereit war, das Problem der verfassungswidrigen Überhangmandate zu lösen. Sie missbraucht das Wahlrecht als Machtrecht.“

Für die SPD-Fraktion steht fest: Ein



Planlos in Serie.
Das Unterhaltungsprogramm der schwarz-gelben Regierung.

Noch zwei Jahre Konzeptlosigkeit gefährden Deutschlands Zukunft.
Neue Ideen für morgen finden Sie hier:
www.spdfraktion.de/zukunft

Weitere Postkartenmotive und eine ausführliche Bestandsaufnahme zu zwei Jahren schwarz-gelber Politik gibt es unter www.spdfraktion.de

Nationale Alleingänge statt einer abgestimmten europäischen Außenpolitik bestimmen das Bild der letzten zwei Jahre. Die Reform der Bundeswehr erfolgt nach Kassenlage. Die Entwicklungspolitik wird zum verlängerten Arm deutscher Wirtschafts- und Rohstoffinteressen. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spd-fraktion.de



Auf Druck der SPD-Bundestagsfraktion muss auch über zukünftige Euro-Rettungsmaßnahmen in Berlin abgestimmt werden.

„Europa darf nicht an dieser Regierung scheitern“

Mit der Zustimmung zur Ausweitung des Euro-Rettungsschirms EFSF im Bundestag steht die SPD zu ihrer europapolitischen Verantwortung. Es war eine Entscheidung für Europa.

Die Ergebnisse des Euro-Gipfels zur Rettung Griechenlands liegen auf dem Tisch: Die Banken werden Griechenland die Hälfte der Schulden erlassen. Die Schlagkraft des Euro-Rettungsschirms wird mit einem Finanzhebel auf eine Billion Euro erhöht und die Banken müssen ihr Eigenkapital aufstocken.

Kurz zuvor hatte der Bundestag in einem gemeinsamen Antrag von Union, FDP, Grünen und der SPD diesen Maßnahmen zugestimmt. Die Aussprache im Bundestag bildete dabei den Abschluss einer Woche, in der die schwarz-gelbe Bundesregierung alles versucht hat, die Bürgerinnen und Bürger und das Parlament im Unklaren über ihre Vorhaben zu lassen.

Es stelle sich die legitime Frage, warum die SPD-Fraktion für dieses Chaos auch noch den Finger heben sollte, brachte es der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier in der Bundestagsdebatte auf den Punkt. Die Antwort gab er selbst: „Hier wird nicht über die Regierung abgestimmt, sondern über die Zukunft Europas.“ Die dürfe nicht an dieser Regierung scheitern. Für Steinmeier ist klar: Die SPD steht zur europäischen Geschichte und flüchtet nicht aus der Verantwortung. „Wir opfern das nicht auf dem Altar des tagtä-

lichen Hickhacks.“ Die Regierung dagegen habe getäuscht und verheimlicht. Gerne hätte er Merkels Sätze zum Schuldenschnitt Griechenlands und zur Regulierung der Finanzmärkte schon vor einem Jahr gehört, sagte der SPD-Fraktionschef. Dann wäre der Eurozone einiges erspart geblieben. Zugestimmt hat die SPD-Fraktion dem gemeinsamen Antrag auch deshalb, weil sich in ihm wesentliche Kernforderungen der Sozialdemokraten wiederfinden. So ist als Aufforderung an die Bundesregierung mit aufgenommen, dass mit dem Inkrafttreten der EFSF die Notwendigkeit zur Fortführung des Sekundärmarktprogramms (SMP) der Europäischen Zentralbank (EZB) entfällt. Genauso wichtig ist es, dass in dem Papier die systemrelevanten Banken aufgefordert werden, sich in eigener Verantwortung zu rekapitalisieren. Auf Druck der SPD soll zudem über die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Finanztransaktionssteuer direkt nach dem G20-Gipfel Anfang November 2011 in den Gremien der EU entschieden werden. Als größter Erfolg lässt sich für die SPD-Bundestagsfraktion verbuchen, dass gleich zu Beginn des Aufforderungskatalogs an die Bundesregierung festgestellt wird, dass sich durch die Erhöhung der Kapazität der EFSF das Verlustrisiko für Deutschland verändern, sprich erhöhen kann. Bis zuletzt hatte die Koalition das verneint. Die Sozialdemokraten hatten seit Wochen darauf hingewiesen und waren von Schwarz-Gelb massiv beschimpft worden. Nun zeigt sich, dass die Rechtsauffassung der SPD die weitaus realistischere war.

Die Details zum EFSF-Hebel hat der Euro-Gipfel noch offen gelassen. Diskutiert wurden zuletzt zwei Optimierungsmodelle, die so genannte Hebelung und die Einrichtung von Zweckgesellschaften. Sie sollen von den Euro-Finanzministern geprüft werden. Die Hebelung sieht eine Teilabsicherung neuer Anleihen aus Risikoländern wie Spanien und Italien vor, ähnlich einer Teilkaskoversicherung: Im Pleitefall bekommt der Geldgeber zumindest einen Teil – beispielsweise 20 Prozent – der Staatsanleihe zurück. Die zweite Variante dreht sich bislang um einen Kredit-Sondertopf des Internationalen Währungsfonds (IWF), an dem auch Schwellenländer und private Investoren beteiligt wären. Die Modelle schließen sich aber nicht aus. Welches Modell sich auch später durchsetzen mag – es muss nicht zuletzt auf Bestreben der SPD dem Deutschen Bundestag vorgelegt werden. ■

Editorial



von Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Es war höchste Zeit, dass der Brüsseler Gipfel Beschlüsse über den Schuldenschnitt für Griechenland und die Rekapitalisierung der Banken beschlossen hat. Die Tatsache, dass in der Erklärung des Gipfels die notwendige Regulierung der Finanzmärkte unerwähnt bleibt, ist enttäuschend. Denn wir müssen den Bankensektor so regulieren, dass wir nicht ständig in neue Risiken hineingeraten, wie wir sie in der Finanzkrise 2008/2009 erlebt haben. Wir haben immer gesagt, dieser Rettungsschirm ist zu knapp bemessen, um das beruhigende Signal an die Finanzmärkte zu senden. Doch nun bleibt abzuwarten wie die sogenannte Hebelwirkung zustande kommen soll und welche Risiken damit verbunden sind. Hier gibt es noch Klärungsbedarf. Klar ist: Die Stabilisierung des südeuropäischen Raums ist kein reiner Akt der Nächstenliebe ist. Wir kämpfen damit auch für unsere eigenen Interessen. Unser Wachstum hängt von diesen wichtigen Exportmärkten ab. Es geht um Arbeitsplätze hier in Deutschland. Jetzt brauchen wir einen starken Wachstumsimpuls für die Länder in Südeuropa damit sie wieder auf die Beine kommen. Dieses Geld darf aber nicht beim Steuerzahler eingesammelt werden. Deshalb fordern wir seit Monaten immer wieder die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, aus deren Aufkommen der Aufschwung zu finanzieren ist. Das ist nicht zuletzt auch eine Frage der Gerechtigkeit. Diese Bundesregierung hat über Monate das Parlament und die Bürger getäuscht, indem sie immer nur scheinbar mit der Wahrheit rausrückte. Frau Merkel hat in letzter Minute die Kurve gekriegt. Doch wir opfern Europa nicht auf dem Altar des tagtäglichen Hickhacks dieser schwarz-gelben Koalition. Die SPD ist und bleibt die verlässliche Kraft. Europa darf nicht an dieser Regierung scheitern.



Kämpft dafür, dass die Pauschalisierungen in der Integrationsdebatte aufhören: Die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Aydan Özoguz

»Wir müssen weg vom Schubladendenken, hin zu den echten Themen!«

Im Interview spricht die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Aydan Özoguz über die Ziele des Projekt Zukunft und erklärt, warum man die schwarz-gelbe Integrationspolitik eigentlich gar nicht bewerten kann.

Wenn in Deutschland über Integration gesprochen wird, geht es in der Regel um Integrationsdefizite. Was verstehst Du als Integrationsbeauftragte der SPD-Fraktion unter erfolgreicher Integration?

Im Grunde muss es Ziel sein, dass wir das Wort Integration gar nicht mehr brauchen. Denn jeder versteht darunter etwas vollkommen anderes, das macht es so kompliziert. Dabei erstreckt sich das Thema auf alle Lebenslagen. Wenn Angela Merkel sagt, Multi-Kulti sei gescheitert, müsste man als Gesellschaft fragen: Was meint sie damit? Geht es um Jugendkriminalität, geht es um die Situation an den Schulen oder die Situation in den Pflegeheimen? Diese Pauschalisierungen müssen aufhören. Wir müssen konkreter

und inhaltlicher werden und uns genaueren Problemstellungen widmen.

Wie bewertest Du die bisherige Integrationspolitik der schwarz-gelben Bundesregierung?

Es ist nicht wirklich viel passiert, das man groß bewerten könnte, vielleicht ist gerade das das Problem. Die Regierung feiert sich mit ihren Integrationsgipfeln, aber verändert kaum etwas. Im Gegenteil, die gesamten Aufenthaltsgesetze hat die Koalition sogar noch verschärft. Dabei macht sie ihre Politik unter einer Überschrift, die etwas Positives signalisiert und schafft es das komplette Gegenteil durchzusetzen. Insgesamt sehe ich bei Schwarz-Gelb wenig Antworten auf die Fragen, wie wir einen besseren Zusammenhalt

„Es muss unser Ziel sein, dass wir das Wort Integration gar nicht mehr brauchen.“

Aydan Özoguz

hinbekommen und wie wir zu einem Land werden, das eine Willkommenskultur vorlebt.

Welche Rolle spielen Äußerungen wie die von Innenminister Friedrich über den Islam?

Der Innenminister sagt ja Dinge, bei dem ihm selbst christliche Theologen

widersprechen. Was soll das heißen „Der Islam ist kein Teil von Deutschland“? Er sagt es, weil er weiß, dass er damit bei den bayerischen Stammtischen gut ankommt. Ärgerlich ist, dass auch die Bundeskanzlerin mitzieht, sich aber gleichzeitig für Integrationsgipfel feiern lässt, bei denen auch keine wirklichen Debatten stattfinden.

„Wenn eine Regierung nicht merkt, dass sie zündelt, ist das vollkommen verantwortungslos.“

Aydan Özoguz.

Gerade dort scheinen sich Deutsche und Zuwanderer geschlossen gegenüber zu stehen. Wie überwindet man diese Einteilung in „Die“ und „Wir“?

Diese Einteilung funktioniert in Wahrheit ja gar nicht, denn allein auf deutscher Seite gibt es kein „Wir“, das teilt sich schon in den Parteien, in der Gesellschaft sowieso. Auf Seiten der Zuwanderer gibt es das auch nicht. Es ist immer ein scheinbares „Die“ und „Wir“, das hat mit der Realität furchtbar wenig zu tun. Gefährlich wird es allerdings, wenn man versucht, solche Gruppen zu manifestieren. Innenminister Friedrich macht das, indem er ständig von den Muslimen und der Gefahr spricht. Da manifestiert sich etwas in den Köpfen, das merke ich auch im Wahlkreis. In Deutschland gibt es mittlerweile festgefahrene Ängste pauschal gegenüber Muslimen. Man verbindet mit ihnen sehr viel Negatives bis hin zum Terrorismus. Und das allein aufgrund einer Religionszugehörigkeit. Wenn eine Regierung nicht merkt, dass sie zündelt und die Weichen für ein Gegeneinander stellt, ist das in meinen Augen vollkommen verantwortungslos.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt der schwarz-gelben Politik ihr Projekt Zukunft entgegen. Du leitest die Projektgruppe „Integration“. Was ist der Ansatz der Projektgruppe?

Wir wollen in die nahe Zukunft gucken und uns fragen, welche Themen wir jetzt besonders anpacken müssen. Welche Aufgaben sehen wir, die wir politisch in den Vordergrund stellen müssen? Für die Projektgruppe Integration haben wir uns einige Themenfelder wie z.B. das Feld der Beruflichen Bildung oder der Stadtentwicklung rausgesucht, bei denen uns wichtig ist, dass die Abgeordneten vor Ort sich das auch noch mal sehr konkret anschauen.

Zur Person



Aydan Özoguz ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages. Dort sitzt sie im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und ist integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Zwischen 2001 und 2008 war sie Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft.

Warum ist das gerade beim Thema Integration wichtig?

Weil Integration überall in Deutschland unterschiedlich aussieht. In Brandenburg gibt es zum Beispiel 2,5 Prozent Ausländer. Das klingt nicht nach einer Mammutaufgabe, aber in dem Moment, in dem mir jemand sagt, dass es sich dabei um Flüchtlinge handelt, ist es eine ganz andere Debatte, als vielleicht in Saarbrücken, wo es darum geht, wie sich Migranten selbst in Vereinen organisieren. Wir haben beim Thema Integration überall in der Republik verschiedene Diskussionsgrundlagen. Und überall gibt es auch vollkommen verschiedene politische Ansichten und Ansätze. Das hat auch sehr viel damit zu tun, dass sich die sogenannte aufnehmende Gesellschaft vor Ort sehr unterschiedlich darstellt.

Um welche Themenfelder geht es?

Wir sehen zum Beispiel eine große Lücke im Bereich der Aus- und Weiterbildung. Es gibt in Deutschland tausende Schulabbrecher und viele junge Menschen, die mit schlechten Zeugnissen von der Schule gehen. Das bedeutet aber nicht automatisch, dass sie keine Ausbildung machen können oder dass sie bei einer Ausbildung schlecht sein müssen. Sondern es gibt zum Beispiel junge Menschen in unserem Land, die mit dem System Schule nicht zurechtkommen. Gleichzeitig befinden wir uns in einer Situation, in der wir jeden Einzelnen brauchen. Wir haben überall Fachkräftemangel bzw. Kräftemangel. Der Einzelne kann sich nur individuell für einen Lebensweg entscheiden, wenn er eine Wahl hat – und das geht nur mit Bildung.

Schulabbrecher oder schlechte Abschlüsse gibt es aber nicht nur unter Zuwandererkindern.

Da sind wir bei der Problematik des technischen Begriffs "Migrationshintergrund". Der Begriff allein ist noch keine Diagnose, er sagt mir in Wahrheit nichts. Er wird bei uns aber salopp ganz anders verwendet und gleichgesetzt mit „sozial schwach“ oder „bildungsfern“. Dabei gibt es einen nicht unwesentlichen Anteil an Migranten, der keine Hilfe braucht und keineswegs bildungsfern ist. Und wer völlig verloren geht, sind die Menschen ohne Migrationshintergrund, die eigentlich die gleichen Probleme haben. Wir wissen, dass überall in Deutschland der Anteil derer, die auch ohne Migrationshintergrund eine Deutschförderung brauchen, zunimmt. Deswegen kann ich mit diesen Begriffen nicht arbeiten. Wir müssen weg vom Schubladendenken, hin zu den echten Themen!

Wie bekommt man das hin?

Wer eine Deutschförderung braucht, soll sie bekommen – egal, ob seine Großmutter in Deutschland oder in der Türkei geboren wurde. So einfach ist es im Grunde. Es ist immer eine Falle, zu sagen, ich habe hier einen Großteil türkischer, kurdischer oder arabischer Kinder, die keinen Schulabschluss haben. Denn das ist nicht originär an die jeweilige Kultur geknüpft, sondern es ist oft relativ leicht erklärbar, wer warum scheitert. Davon unabhängig müssen wir alles dafür tun, dass jeder einen Abschluss und eine Berufsbildung bekommt.

„Wer eine Deutschförderung braucht, der soll sie bekommen.“

Aydan Özoguz

Also Bildungspolitik als Mittel der Integrationspolitik?

Für mich geht es am Ende um Gesellschaftspolitik. Wie bekomme ich eine Gesellschaft funktionsfähig, in dem jedes Mitglied eine echte Chance hat mitzumachen? Und wenn jemand an einer Stelle keinen Erfolg hat, darf ich ihn nicht, zumal in jungen Jahren, sofort aussortieren, das nützt der ganzen Gesellschaft nichts. Aber wir müssen auch früher hinschauen, wenn in den Familien Schwierigkeiten erkennbar sind.

Was macht die SPD-Fraktion mit ihrem Projekt Integration?

Es wird im November und im Dezember zwei Wochen mit Praxistagen geben. Ich glaube gerade beim Thema

Integration ist das Prinzip "Sozialdemokraten besuchen vor Ort viele unterschiedliche Einrichtungen" sehr wichtig. Deshalb wird die SPD-Fraktion ausschwärmen in ihre Wahlkreise und sich überall vor Ort verschiedene Projekte angucken. Was funktioniert gut, wo muss sich etwas verändern?

„Ich gehe davon aus, dass die SPD bald wieder regieren wird.“

Aydan Özoguz

Wo werden, um es mal boshaft zu sagen, Jugendliche eigentlich nur geparkt? Anschließend machen wir in Berlin eine Ergebnissammlung. Die Handlungsempfehlungen, die sich daraus ergeben, sollen direkt in unsere Fraktionsarbeit eingehen.

Gibt es ein konkretes Ziel?

Das Ziel ist es, uns für die Regierungsarbeit zu rüsten. Ich gehe davon aus, dass die SPD bald wieder regieren wird. Das ist aber kein Selbstzweck, sondern wir Sozialdemokraten müssen zu einer wirklich guten Integrationspolitik kommen. Wir hatten in der Vergangen-

heit viele gute Ansätze, das große Zusammenhängende wollen wir uns jetzt aber noch fundamental erarbeiten und vorbereiten. Auch um nicht wie die jetzige Regierung nur bei Polit-Gipfeln im Bundeskanzleramt zu landen. Denn letztlich ist das nur Ausdruck von Hilflosigkeit. Wenn ich nicht weiß, was ich vor Ort konkret tun muss, mache ich lieber einen großen Gipfel. Dann habe ich das Thema abgedeckt, ohne in Wahrheit etwas Konkretes zu machen. Wir als Sozialdemokraten wollen passgenauer an den Herausforderungen arbeiten.

Wann reden wir in Deutschland nicht mehr über Integration?

Das wird natürlich noch dauern. Solange auf allen Seiten Vorbehalte sind, können wir zu keinem normalen Miteinander kommen. Ich glaube aber tatsächlich, dass je mehr man alle dazu zwingt, auf die konkreten Themen zu gucken, desto mehr weicht das Pauschale. Diese Entwicklung wird umso schneller gehen, je mehr Menschen in Schlüsselpositionen deutlich machen, dass es ihnen nicht nur um Raster und Schubladen geht, sondern dass sie die wirklichen Probleme erkennen und lösen wollen. Das wird noch ein paar Jahre dauern, wobei es mit einer guten Regierung auch schneller gehen könnte. ■

Anzeige

Planlos in Serie.

Das Unterhaltungsprogramm der schwarz-gelben Regierung.



Noch zwei Jahre Konzeptlosigkeit gefährden Deutschlands Zukunft.

Neue Ideen für morgen finden Sie hier:

www.spdfraktion.de/zukunft

Für einen stabilen Euro: Bundestags-Drucksache 17/ 6161

UNSER PROJEKT - HEISST ZUKUNFT
SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Meldungen

Befristung aufheben

Früher gab es befristete Arbeitsverträge nur in Ausnahmefällen. Heute wird die Ausnahme immer mehr zur Regel: Fast jeder zweite neu abgeschlossene Arbeitsvertrag ist befristet. Von der schwarz-gelben Regierung Kohl eingeführt, hat die sachgrundlose Befristung jedoch nicht zu mehr Beschäftigungsverhältnissen geführt, sondern zu mehr Unsicherheit bei den Beschäftigten. Der Kündigungsschutz wird immer mehr ausgehebelt. Dabei besteht ein Zusammenhang zwischen befristeter Beschäftigung und schlechten Arbeitsbedingungen: Häufige Arbeitsplatzsuche führt zu Zugeständnissen beim Einkommen und bei den Arbeitsbedingungen. Zudem scheuen sich Beschäftigte, die auf eine Entfristung ihrer Stelle hoffen, ihre Arbeitnehmerrechte wahrzunehmen; sie verzichten auf tarifliche Ansprüche und gehen krank zur Arbeit. Die SPD-Fraktion fordert die Bundesregierung deshalb in einem Antrag auf, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Möglichkeit zur kalendermäßigen Befristung eines Arbeitsvertrages bis zur Dauer von zwei Jahren ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes streicht. ■

Datenschutz geht vor

Der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf zur Regelung des Beschäftigtendatenschutzes wird weitere Datenschutzskandale nicht verhindern. Dies haben mehrere Sachverständige in einer Anhörung bestätigt. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist deshalb klar: Ein effektiver Schutz von Angestellten bedarf eines eigenständigen Gesetzes. Dieses muss sicherstellen, dass der Datenschutz Beschäftigter eindeutig Vorrang vor Arbeitgeberinteressen hat. Nur so kann eine Wiederholung bisheriger Datenschutzskandale verhindert werden. In das Gesetz aufzunehmen sind eine strikte Begrenzung der Weitergabe von Personaldaten sowie der Überprüfung von Telefonaten und E-Mails. Zudem müssen die Zwecke der Datenerhebung, -verarbeitung und -nutzung im Voraus benannt werden. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Eine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte

Mit dem BAföG hat die SPD vor 40 Jahren den Grundstein für den Bildungsaufbruch gelegt. Noch heute ist das Gesetz hochaktuell.

Wie kaum ein anderes Gesetz steht das BAföG für den sozialdemokratischen Anspruch, Chancengleichheit in der Bildung unabhängig von der sozialen Herkunft zu ermöglichen.

„Das in Buchstaben und Paragraphen gemeißelte Leitmotiv der Sozialdemokratie“, nennt es die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Dagmar Ziegler. Sie betont: „Herkunft darf kein Schicksal sein. Das ist Anspruch der SPD seit ihrer Gründung.“

Mit der BAföG-Einführung 1971 hing die Chance auf ein Studium zum ersten Mal nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern ab. An diesem sozialen Ansatz hat sich bis heute nichts geändert, auch wenn es von Seiten der CDU und der FDP immer wieder Versuche gegeben hat, die Förderung abzuschaffen.

„Das BAföG ist hochaktuell und kein Relikt aus alten Zeiten“, sagt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Swen Schulz. Auch weil die SPD ihr Gesetz schon 2001 unter Rot-Grün modernisiert hat. Der Förderanspruch wurde erweitert, die Förderung deutlich erhöht. Heute ist das Gesetz unbestritten und leistungsfähig. Trotzdem kein Grund, sich auf dem Erfolg auszuruhen. „Wir müssen das BAföG stetig weiterentwickeln“, sagt Swen Schulz. „Der Run auf die Hochschulen



Seit 40 Jahren ermöglicht das BAföG ein Studium unabhängig von der sozialen Herkunft.

hält an, Bildungswege und -biographien ändern sich fast noch schneller als die fachlichen und ökonomischen Anforderungen an die Bildungsabsolventen. Und das BAföG muss hier Schritt halten.“

Für die Weiterentwicklung macht die SPD-Bundestagsfraktion konkrete Vorschläge: Immer mehr Menschen wollen studieren, viele davon erst, wenn sie bereits berufliche Erfahrung gesammelt haben. Deshalb will die SPD-Fraktion die Altersgrenzen in einem ersten Schritt deutlich anheben und mittelfristig ganz abschaffen. Zudem gibt es ca. 200.000 Studierende, deren Eltern

zu wenig verdienen, um ihre Kinder voll zu unterstützen, aber zu viel für den Anspruch auf BAföG. Diese Familien im „Mittelstandsloch“ sollen mit einer Anhebung der Einkommensfreibeträge um 10 Prozent unterstützt werden. Bis zu einer zweiten Einkommensgrenze sollen Familien zudem Anspruch auf ein zinsfreies Vollkredit erhalten. Schließlich muss die Bologna-Tauglichkeit des BAföG gesichert werden. Dazu müssen die Probleme beim Übergang vom Bachelor zum Master angegangen werden. Auch hierzu hat die SPD-Fraktion Vorschläge unterbreitet. ■

Billiger Ablasshandel für reiche Steuerkriminelle

Einen „Meilenstein in der Zusammenarbeit mit der Schweiz“, nennt Bundesfinanzminister Schäuble das kürzlich beschlossene Steuerabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz.

Es soll nach 50 Jahren Steuerstreit für Rechtssicherheit auf beiden Seiten sorgen. Ab 2013 können demnach deutsche Steuersünder ihr bei Schweizer Banken gelagertes Vermögen pauschal und anonym nachversteuern. Ab 2013 soll der Steuersatz über eine Abgeltungssteuer auf 26 Prozent festgelegt werden. Im Gegenzug verpflichtet sich Deutschland, auf den Ankauf von Daten-CDs mit deutschen Steuerbürgern zu verzichten.

Für die SPD-Bundestagsfraktion steht dagegen fest: ein Meilenstein ist das Gesetz vor allem für den schweizer Bankensektor und die deutschen Steu-

erkriminellen. Die Schweiz schützt erfolgreich die Privatsphäre ihrer Bankkunden, auf deutsche Kosten. Die deutschen Steuerflüchtlinge profitieren dabei von der vereinbarten Regelung auf besondere Weise: Sie bleiben straffrei und anonym. „Steuerkriminelle, die über Jahrzehnte bis heute mithilfe Schweizer Banken deutsche Steuern hinterzogen haben, werden so von der Regierung gezielt privilegiert“, sagte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Joachim Poß in einer von der SPD einberufenen aktuellen Stunde im Bundestag. Für Poß hat Finanzminister Schäuble viel zu lasch verhandelt und zu wenig aus dem Abkommen herausgeholt. So sei es sehr wohl möglich gewesen, mehr Druck auszuüben um eine Kooperation zu erzwingen. Schließlich seien die schweizer Banken sehr daran interessiert, umfangreicher und einfa-

cher in Deutschland Geschäfte machen zu können. Dass es anders gehe, demonstrierten die USA und Frankreich, die sich nicht auf einen derartigen Ablasshandel mit der Schweiz eingelassen haben. Für „unerträglich“ hält es Joachim Poß, dass Steuer-CDs nicht mehr verwendet werden dürfen.

Auch die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Nicolette Kressl sieht in dem Verhandlungsergebnis vor allem einen Vorteil für Steuerkriminelle. Diese hätten jetzt die Möglichkeit, ihre bisherige Hinterziehungsstrategie in Ruhe zu überprüfen. „Fortsetzung der Steuerflucht oder Rückkehr in die Steuerehrlichkeit – wahlweise nach deutschem Recht oder schweizer Konditionen.“ ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Eine Krise mit vielen Fragezeichen

Was ist das für eine Krise? Wer rettet wen, und warum? Für viele Menschen sind die Zusammenhänge in der europäischen Finanzkrise nur schwer zu überblicken.

Was ist das eigentlich für eine Krise?

In der internationalen Finanzkrise 2008 bekämpfte Europa den Wirtschaftsabschwung erfolgreich mit großen Konjunkturpaketen, die allerdings die Staatsschulden in die Höhe trieben. Das führte bei einigen Ländern zur schlechteren Bewertung der Staatsanleihen, damit stiegen die Kosten für ihre Refinanzierung, und die Schuldenstände wuchsen weiter. Dieser Teufelskreis von schwachen Banken, Staatsschulden und schlechten Ratings durch die Märkte brachte einige Länder in Schwierigkeiten, aus denen sie alleine nicht mehr herauskommen.

Warum werden Banken gerettet?

Als die US-Regierung 2008 die amerikanische Bank Lehman Brothers Pleite gehen ließ, erschütterte diese Pleite das internationale Finanzsystem weltweit. In Europa stützte man deshalb die Banken mit enormen Summen. Das war zur Vermeidung weiterer Panik richtig, allerdings wurde versäumt, gleichzeitig den Bankensektor zu reformieren. Denn unterkapitalisierte Banken müssen entweder mehr Eigenkapital haben oder in Insolvenz gehen können. Banken dürfen nicht zu groß sein, damit sie nicht das ganze System bedrohen können. Dies ist nur in Teilen und viel zu spät umgesetzt worden. Jetzt droht die nächste Krise. Die Kosten der Krise dürfen nicht länger von der öffentlichen Hand getragen werden, der Bankensektor muss endlich seine Hausaufgaben machen.

Was wird derzeit noch gegen die Krise unternommen?

Spekulantenattacken werden durch einen Schutzschild der europäischen Partnerländer abgewehrt. Dazu wurde ein Rettungsfonds geschaffen, die Europäische Zentralbank kaufte Staatsanleihen auf und versorgte notleidende Staaten mit Krediten. Den betroffenen Ländern werden Reformen abverlangt, um die Krisenursachen zu bekämpfen. Dabei fordern konservative europäische Regierungen vor allem Sparanstrengungen in Form von Kürzungen im öffentlichen Dienst und in sozialen Bereichen. Das ist teilweise richtig, denn hohe Schulden führen zu Abhängigkeit an den Märkten, deshalb müssen sie bekämpft werden. Doch ohne wirtschaftliches Wachstum entstehen keine Arbeitsplätze. Die aber werden dringend gebraucht: In einigen Ländern ist jeder zweite Jugendliche arbeitslos.

Dient der Finanzsektor noch der Realwirtschaft?

Wenn eine Bank das neue Projekt eines Mittelständlers finanziert, stimmt das Verhältnis. Es stimmt aber nicht mehr, wenn in Sekunden mehrere Tausend automatische Transaktionen ausgelöst, hochspekulative Produkte gehandelt oder Wetten auf steigende oder sinkende Kurse abgeschlossen werden. Der Finanzsektor ist zu einem großen Selbstbedienungsladen geworden. Auf Vorschlag der EU-Kommission prüfen viele europäische Länder jetzt endlich die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Damit werden spekulative Geschäfte weniger rentabel, der Finanzsektor wird an den Kosten der von ihm verursachten Krise beteiligt. Peer Steinbrück hat schon 2008 gesagt: „Kein Produkt, kein Akteur und kein Markt mehr ohne ausreichende Kontrolle“.

Was passiert, wenn die Bürgschaften doch fällig werden?

Klar ist: Bei Bürgschaften muss der Bürge im Notfall zahlen. Würden Deutschland und die anderen Europäer aber nicht bürgen, wären die Risiken aufgrund der Ansteckungsgefahr ungleich höher: Weitere Länder würden „in Verdacht“ geraten, die Zinsen auf ihre Staatsanleihen würden steigen und sie könnten sich nur schwer oder gar nicht mehr an den Märkten finanzieren. Wenn Banken unkontrolliert pleite gingen, würden Anleger ihr Geld abziehen, Werte würden vernichtet, und es könnten politische Unruhen drohen.



Deutschland hat in der europäischen Schuldenkrise eine besondere Verantwortung

Entweder bilden die Länder der Eurozone eine starke Gemeinschaft und oder sie stehen jeweils alleine den Märkten gegenüber, die ihre Schwäche sofort ausnutzen würden.

Ist Griechenland noch zu retten?

Ja. Die Griechen müssen ihren Staat reformieren, die Verwaltung neu ordnen und auch die Reichen zu Steuerzahlungen zwingen. Allerdings darf die Wirtschaft nicht kaputtgespart werden, sonst kann kein Wachstum entstehen. Und: Um eine teilweise Umschuldung der griechischen Staatsschulden wird man nicht herumkommen; diese Erkenntnis setzt sich langsam durch. Dabei müssen auch private Gläubiger beteiligt werden.

Können Rettungsschirme tatsächlich retten?

Nein. Sie „kaufen Zeit“. Der Rettungsschirm sichert Portugal und Irland bezahlbare Zinsen für ihre Anleihen und schützt diese Länder vor Spekulanten, die gegen diese Staaten gewettet haben. Unterdessen reformieren diese Länder ihre Haushalte und bekämpfen die Ursachen der Krise. Wegen der insgesamt sehr instabilen Lage sind Rettungsschirme also nötig, aber sie reichen alleine nicht aus, um Krisenursachen zu bekämpfen oder in betroffenen Ländern wieder Wachstum zu schaffen. Portugal und Irland sind dabei auf gutem Wege. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Nachgefragt



Hat die Politik die Euro-Krise jetzt im Griff? Das fragte Gute Arbeit Claus Matecki, im DGB-Bundesvorstand zuständig für Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik.

Jetzt wird der Euro-Rettungsfonds also eine Versicherung – ob das die Krise löst, bleibt zweifelhaft. Wahrscheinlich kauft auch der beschlos-

sene Hebel nur etwas Zeit. Wichtig wäre es, die Staatsfinanzierung aus ihrer Abhängigkeit vom Finanzmarkt zu befreien. Frankreichs Vorschlag, die EFSF zu einer öffentlichen Bank umzubauen, könnte das befördern. Deshalb muss diese Idee weiterverfolgt werden.

Der wichtigste Beitrag zur Krisenlösung wäre allerdings, endlich die völlig überzogenen Spardiktate für Krisenländer aufzugeben. Von Griechenland über Portugal bis Italien werden Staaten gezwungen, Löhne zu kürzen, den Sozialstaat abzubauen und das Renteneintrittsalter zu erhöhen. Das soll angeblich helfen, die Krise zu lösen und das Vertrauen der Finanzmärkte zu gewinnen. Das Gegenteil ist aber der Fall: Durch die Kürzungen wird die

Nachfrage in den betroffenen Staaten abgewürgt, die Wirtschaft bricht weiter ein. Griechenland wurde durch die Kürzungspakete noch tiefer in die Rezession gerissen – statt der zunächst erwarteten 3,8 Prozent sinkt die Wirtschaftsleistung 2011 nun um 5,5 Prozent. Ohne Wirtschaftswachstum gibt es aber auch keine Steuereinnahmen, ein Schuldenabbau wird unmöglich. Außerdem werden durch die Spardiktate die Kosten der durch Zockereien verursachten Krise auf die Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und sozial Schwachen abgewälzt. Das darf nicht sein! Statt Sparzwängen brauchen wir eine Aufbau-Agenda, ein europaweites Investitionsprogramm gegen die Krise. ■

Vorgestellt



Michael Hartmann

Michael Hartmann (48) ist neuer innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Er folgt in diesem Amt auf Dieter Wiefelspütz, der nach 13-jähriger Tätigkeit nicht mehr kandidiert hatte.

Hartmann ist seit 2002 Mitglied des Bundestages, dort vertritt er die SPD-Fraktion im Innenausschuss. Daneben engagiert er sich weiterhin in der Kommunalpolitik. Er ist Vorsitzender des SPD Unterbezirks Mainz-Bingen und sitzt im Gemeinderat des rhein Hessischen Wackernheim. Sein Motto: „Demokratie lernen wir entweder vor Ort oder gar nicht.“ ■



Sören Bartol

Die SPD-Bundestagsfraktion hat **Sören Bartol (37)** zu ihrem neuen verkehrspolitischen Sprecher gewählt. Der Marburger Abgeordnete übernimmt die Sprecherfunktion von Uwe Beckmeyer. Sören Bartol vertritt den Wahlkreis Marburg-Biedenkopf seit 2002 im Bundestag. Seitdem gehört er auch der Arbeitsgruppe Verkehr, Bau und Stadtentwicklung an, zuletzt als bau- und stadtentwicklungspolitischer Sprecher. In seiner neuen Funktion will sich Bartol für eine integrierte Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik einsetzen. „Es geht darum, auch in Zukunft für alle bezahlbare Mobilität zu ermöglichen, gleichzeitig aber Belastungen für Menschen und Umwelt zu senken.“ ■

Vollbeschäftigung statt Spardiktat

Die SPD-Fraktion fordert eine zielgerichtete Arbeitsmarktpolitik

// Während Schwarz-Gelb die aktive Arbeitsmarktpolitik zusammenkürzt, ist für die SPD-Bundestagsfraktion klar: Um eine Spaltung auf dem Arbeitsmarkt zu verhindern, ist eine leistungsfähige Arbeitsförderung unverzichtbar. //

Die derzeitige Lage auf dem Arbeitsmarkt erscheint paradox. Deutschland befindet sich im Aufschwung, die Nachfrage nach Fachkräften ist hoch. Gleichzeitig geht der Aufschwung aber an Langzeitarbeitslosen und bestimmten benachteiligten Gruppen vorbei. Dabei bietet sich jetzt die Möglichkeit, Langzeitarbeitslose durch Qualifizierungsmaßnahmen wieder in Beschäftigung zu bringen. Die Bundesregierung verspielt jedoch diese Chance, indem sie bei der Arbeitsmarktförderung drastisch die Mittel kürzt. Bereist 2011 wurden die Leistungen des Bundes und der Bundesagentur für Arbeit (BA) um zwei Milliarden Euro gekürzt. Im Zeitraum 2012 bis 2015 summieren sich die Kürzungen auf insgesamt 26,5 Milliarden Euro. Gleichzeitig sollen die Zahlungen des Bundes an die BA um mehrere Milliarden Euro jährlich gesenkt werden. „Eine solche kurzfristige Politik kann sich bald bitter rächen, weil der Bundesagentur für Arbeit selbst in guten Zeiten keine Möglichkeit gelassen wird, Reserven für schwierige Zeiten aufzubauen. Auch die nötige Qualifizierungsoffensive kann so nicht richtig in Gang kommen,“ warnt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Mit ihrer Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente will Arbeitsministerin von der Leyen zudem Rechtsansprüche auf Förderung streichen, Leistungen einschränken und verschiedene Förderinstrumente abschaffen. Der Bundesrat hat die Reform jetzt vorerst gestoppt. Bezeichnend dabei: Auch Länder mit CDU-Regierungsbeihilfe erteilten der Ministerin eine Absage. „Die drastischen Mittelkürzungen gehen zu Lasten derjenigen, die am meisten auf Unterstützung angewiesen sind, die Langzeitarbeitslosen“, sagt die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Anette Kramme. Insofern sei es folgerichtig, dass die Länder der Ministerin einen



Bei der Bundesagentur für Arbeit gibt es schon jetzt drastische Mittelkürzungen.

Strich durch die Rechnung gemacht haben und der Vermittlungsausschuss angerufen wurde.

Für die SPD-Bundestagsfraktion steht dagegen fest: Vollbeschäftigung, gute Arbeit sowie eine starke Fachkräftebasis gehen Hand in Hand. Um die Spaltung auf dem Arbeitsmarkt zu verhindern, ist eine leistungsfähige Arbeitsförderung unverzichtbar. Alternativen zur schwarz-gelben Politik zeigt die SPD-Fraktion in ihrem Antrag „Arbeitsmarktpolitik an den Herausforderungen der Zeit orientieren“ auf. Darin fordert sie eine zielgerichtete Arbeitsmarktpolitik, die eine Prekarisierung von Beschäftigung verhindert, Bildung in den Mittelpunkt stellt und neue Chancen für Langzeitarbeitslose eröffnet. Die Bundesregierung fordern die SPD-Abgeordneten auf, die Sparbeschlüsse bei der Arbeitsmarktförderung zurückzunehmen und die personelle Ausstattung der BA zu verbessern. Vor allem aber müssten Bildung und berufliche Qualifizierung in den Mittelpunkt der Arbeitsmarktpolitik rücken. „Die Arbeitsmarktpolitik muss noch stärker als bisher vorsorgend aktiv werden und Bildung im

Berufsverband mitorganisieren“, heißt es in dem SPD-Antrag. Zudem sei eine Kultur der zweiten Chance und des sozialen Aufstiegs erforderlich. Perspektivisch soll die Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung weiterentwickelt werden, die der Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit dient und ein Recht auf Bildung und Weiterbildung begründet. ■

Termine

7.11. Atom-Endlager: wie, wo und wann?, Berlin

11.11. Perspektiven der deutschen und europäischen Raumfahrt: Leitmärkte der Zukunft – Fachkonferenz, Berlin

15.11. Staatsschulden – Finanzkrise: Zahlen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Zeche? Bremen

23.11. 6. gemeinsame Konferenz von Werkstattträtern und SPD-Bundestagsfraktion, Berlin

Weitere Termine:

www.spdfraktion.de

www.facebook.com/spdbundestagsfraktion

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktionschluss: 20. Oktober 2011

Herstellung: Network Media GmbH

Redaktion: Ralf Bergmann, Anja Linnekugel, Gero Fischer

Texte: Gero Fischer

Druck: Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:

– **per Post:** SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin

– **per Mail:** oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de

– **per Fax:** 030/22756800